Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 111 (1978)
Heft: 48

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 48

Organ des Bernischen Lehrervereins
111. Jahrgang. Bern, 1. Dezember 1978

Organe de la Société des enseignanst bernois
111e année. Berne, 1er décembre 1978

Zur Volksinitiative kleinere Schulklassen

In seiner Sitzung vom 17. November 1978 hat der KV BMV unter anderm auch die Volksinitiative für kleinere Schulklassen besprochen und nimmt zur Frage der Klassengrösse und zur Initiative selber wie folgt Stellung:

Wir stellen fest, dass die Diskussion über die vertretbare Grösse unserer Schulklassen doch noch ins Rollen gekommen ist und diese schulpolitisch und pädagogisch wichtige Forderung nicht einfach als Bagatelle unter den Tisch gewischt wird.

Auch wir vom KV BMV sind mit einer Reihe von gegenwärtig noch bestehenden Klassengrössen nicht einverstanden und fordern entschieden eine Herabsetzung gewisser Klassenbestände, ganz besonders was die 5. und 6. Klassen der Sekundarschulen betrifft. Gerade auf dieser Stufe, wo der Selektionsdruck strukturbedingt grösser ist (Probequartal, Übertritt ins Untergymnasium) als in den oberen Klassen, finden wir in der Regel die höchsten Klassenbestände. Wenn wir als Lehrer und als Lehrerverein unsere pädagogische und schulpolitische Verantwortung ernst nehmen, haben wir alles daran zu setzen, dass hier in naher Zukunft eine Verbesserung herbeigeführt wird, und zwar ohne zimperliches Abwägen allfälliger finanzieller Auswirkungen.

Wie wollen wir dieses Ziel erreichen? Darin gehen die Meinungen bekanntlich auseinander. Die Volksinitiative verlangt die Einführung einer klagbaren, gesetzlichen Norm, die Erziehungsdirektion dagegen verspricht, die noch zu grossen Klassenbestände aufgrund ihrer kürzlich veröffentlichten Richtlinien zu korrigieren.

Bekanntlich hat sich der KV BLV einstimmig für den zweiten Weg entschieden; und auch der KV BMV setzt sich für diese Politik ein. Zwar gibt es gute Gründe für beide Wege. Was deshalb für unsere Haltung den Ausschlag gab, ist nicht so sehr der Argumentenkatalog pro und kontra der organisatorischen, pädagogischen, rechtlichen und finanziellen Erwägungen der einen oder andern Lösung, sondern die Frage der Kontinuität und Glaubwürdigkeit unserer Vereinspolitik. Für uns gilt es, die bisherige Politik beharrlich und stetig weiterzuführen. Unser damit bisher erreichtes Resultat lässt sich durchaus sehen. Obschon noch viele Klassen zu reduzieren sind, schneiden wir zum Beispiel bei einem Vergleich mit andern Kantonen gut ab. Wir sind überzeugt, auf diesem Wege unser Ziel ebenso schnell, zudem flexibler, situationsgerechter und vor allem weniger kontraproduktiv zu erreichen als die Initianten, die versuchen, den gordischen Knoten der Klassengrösse mit einem Streich zu lösen.

Gewiss, unser Weg ist nicht einfacher, und wir laden uns damit bewusst die grosse Verantwortung auf, *nicht locker zu lassen*, bis die Richtlinien der Erziehungsdirektion im Sinne des unteren Toleranzbereiches über die Klassengrössen verwirklicht sind. Die Umstände scheinen zurzeit günstig dafür zu sein; die allgemein sinkenden Schülerzahlen und die im Abnehmen begriffene Stellenlosigkeit kommen unseren Bestrebungen entgegen und sprechen für eine kontinuierliche Fortsetzung unserer bisherigen Politik.

Und schliesslich erhebt sich noch eine prinzipielle Frage. Wir dürfen als Lehrerverein nicht den roten Faden verlieren, wenn - sei es von links, sei es von rechts – eine pädagogische Frage vorübergehend zum Politikum gemacht wird. Vergessen wir nicht, dass wir als Verein keine politische Partei sind und das Ganze nicht wegen eines Teils in Frage stellen dürfen. Wo kämen wir hin, wenn wir uns bald vor den Karren dieser, bald jener politischen Gruppierung spannen liessen!

Im Namen des KV BMV
Der Präsident: *A. Gerber, Bolligen*

Ein Ja zum Berufsbildungsgesetz

«*Angelernt statt ungelernt*»

Da der bundesrätliche Vorschlag zum neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) unter anderem auch die Anlehre vorsieht, die Gegner dieses neuen BBGs eine Anlehre für die Schwächsten als Alternative zu «ungelernt» ebenfalls befürworten, scheint uns kein Hinderungsgrund mehr zu bestehen, mindestens für Sonderklassenschüler die Anlehre raschmöglichst zu verankern.

Als Gruppe von Lehrern, die sich mit lernbehinderten Schülern befasst, wollen und können wir nicht zum BBG umfassend Stellung nehmen, sondern unser Anliegen zielt darauf hin, der gesetzlichen Verankerung der Anlehre zum Durchbruch zu verhelfen.

Inhalt – Sommaire

Zur Volksinitiative kleinere Schulklassen 355
Ein Ja zum Berufsbildungsgesetz 355
Bernischer Gymnasiallehrerverein 356
Die Sorgfaltspflicht eines Lehrers aus der Sicht des Haftpflichtversicherers 356
Arbeitshilfen des BLV 358
Kleinklasseninitiative 358
Aus der Nähe betrachtet 358
Der Kanton Bern bildet solothurnische Bezirkslehrer (Sekundarlehrer) aus 358
Augenprobleme 359
Extrait des délibérations du Comité provisoire de la SEJB 359
Le canton de Berne forme des maîtres secondaires soleurois 360
Réponse du Comité pour la diminution de l'effectif des classes à la prise de position du Comité cantonal de la SEB 360
Petites classes. La SEB répond au Comité d'initiative 361

Wir fordern deshalb die gesetzliche Verankerung der Anlehre für sämtliche Schulabgänger, die in Sonderklassen speziell gefördert worden sind, und denen es dennoch nicht reicht, eine Berufslehre zu absolvieren.

Die Anlehre bedeutete eine sinnvolle Weiterführung der besonderen Anstrengungen zur Förderung schwächerer Jugendlicher. Wenn schon mit finanziellem Mehraufwand die schwachen Schüler besonders geschult werden, sollte auch dafür gesorgt sein, dass sie nach der Schule ihren Fähigkeiten entsprechend weitergefördert werden, um Sozialfälle zu verhindern, welche stets eine neue finanzielle Mehrbelastung mit sich bringen.

Also müssen wir mit aller Entscheidenheit für das neue BBG eintreten, denn dieses verspricht eine Verwirklichung der Anlehre in verhältnismässig kurzer Zeit.

Für die Studiengruppe «Angelernt statt ungelernt» des Gemeindeverbandes für besondere Klassen Biel-Seeland: *B. Zurflüh*

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Seit der letzten Orientierung haben eine Vorstandssitzung sowie die Delegierten- und Jahresversammlung 1978 stattgefunden.

1. Die *Vorstandssitzung* vom 26. Oktober 1978 war zur Hauptsache der Vorbereitung der DV/JV 1978 gewidmet. Von den zusätzlichen Traktanden sind die folgenden erwähnenswert:

– Der BGV hat zum Entwurf der neuen Richtlinien der Äquivalenzkommission Stellung genommen.

– Am 27. Oktober 1978 wurde an einer Präsidentenkonferenz des BLV das Thema «Wiederwahlen 1980» besprochen.

– Der Vorstand des BGV brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass der BLV im bevorstehenden Abstimmungskampf zur Initiative für kleinere Schulklassen neutral bleibt oder die Initiative mit der gebotenen Zurückhaltung bekämpft, da ihm seine Haltung sonst unter Umständen (fälschlicherweise) als Meinungsäusserung für grosse Schulklassen ausgelegt werden könnte.

– Die Studienwoche 1980 des VSG wird unter das Thema «Ziel und Sinn des Gymnasiums» gestellt. Der BGV hat bis Ende 1978 zwei Delegierte zu nominieren, die in einer Arbeitsgruppe des VSG bei der Vorbereitung der Studienwoche mitwirken werden. Interessenten melden sich bis Mitte Dezember beim Präsidenten.

– Datum der nächsten Vorstandssitzung: Freitag, 12. Januar 1979.

2. An der *Delegiertenversammlung* vom 15. November 1978 in Bern standen die üblichen statutarischen Geschäfte auf der Traktandenliste. Der Zentralsekretär des BLV, Herr Grossrat Moritz Baumberger, folgte den Verhandlungen als Gast und konnte in der lebhaft benutzten Diskussion viele wertvolle Informationen aus erster Hand vermitteln.

Zum Tätigkeitsbericht 1978* und zum Tätigkeitsprogramm 1979 wurde von den 53 anwesenden Delegierten eine ganze Reihe von Fragen und Anregungen vorgebracht.

* folgt in einer nächsten Nummer

Insbesondere kam die hängige Initiative für kleinere Schulklassen zur Sprache. Vertretern des Initiativkomitees und des BLV, der die Initiative ablehnt, wurde Gelegenheit geboten, ihre Standpunkte darzulegen.

Die Delegiertenversammlung hiess das folgende Tätigkeitsprogramm 1979 gut:

Laufende und neue Vorstandsarbeiten

– Beteiligung an Vernehmlasssungverfahren

– Die Situation auf dem Stellenmarkt für Inhaber des Gymnasiallehrerpatents, Anstellungsbedingungen

– Mitarbeit an der Strukturreform des BLV

– Aktivitäten als Kantonalsektion im VSG

– Die Oberstufenreformen an den bernischen Gymnasien und Orientierung über andere Reformen in der Schweiz

– Fortbildung der Gymnasiallehrer im Kanton Bern

– Überprüfung unserer Stellungnahme zum Gymnasiumsgesetz und zur Gymnasiumsstruktur im Kanton Bern.

Längerfristige Ziele des BGV

– Verbesserung des Lehrerbesoldungsdekrets und der Pflichtlektionenverordnung für die Lehrer an der gymnasialen Unter- und Oberstufe

– Fortbildungsurlaub («Sabbatjahr»)

3. Die von rund einem Sechstel der BGV-Mitglieder und zahlreichen Gästen besuchte *Jahresversammlung 1978* war dem Thema «Alternative Unterrichtungsformen an der Mittelschule» gewidmet. Referenten aus den Kantonen Zürich und Basel stellten «Das Wahlkursjahr an der Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon» und «Das Basler Modell für eine projektorientierte Medienerziehung» vor. Den beiden Reformprojekten wurde das Modell «Blockunterricht» des deutschen Gymnasiums Biel gegenübergestellt.

Die Veranstaltung dokumentierte den Willen der Berner Gymnasiallehrer, die eigenen Oberstufenreformen mit ausserkantonalen Projekten vergleichen zu wollen und sich für Anregungen offen zu halten. Die begonnene Diskussion soll in einem Fortbildungskurs zum gleichen Thema im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Der Präsident des BGV: *Dr. P. Mürner*

Die Sorgfaltspflicht eines Lehrers aus der Sicht des Haftpflichtversicherers

Von Dr. Heinz Hofmann, Basel (Schluss)

An Hand einiger Hinweise soll nun versucht werden zu zeigen, wann ein Lehrer seiner Sorgfaltspflicht genügt und wie er sie verletzen kann.

Auf Schulreisen und bei der Durchführung von Schülerlagern werden an die Sorgfaltspflicht eines Lehrers sicher grössere Anforderungen gestellt als während des normalen Unterrichtes. Die Sorgfaltspflicht beginnt schon mit den *Vorbereitungen*. Vor jeder Reise und vor jedem Lager sollte ein Programm aufgestellt werden. Schon hier werden unter Umständen Fehler gemacht, wenn unzweckmässige oder gar gefährliche Routen gewählt werden. Ferner führt eine zu knappe Zeitbemessung zwangsläufig zu einer unnötigen Hektik, die leicht in ein allgemeines Durcheinander ausarten kann, so dass ein

geordneter Betrieb einfach nicht mehr möglich ist. Im weiteren sollte sich ein verantwortungsbewusster Lehrer über die Ausrüstung der Schüler vergewissern. Es gibt Primarlehrer, die sich vor grösseren Wanderungen und Bergtouren Schuhe und Socken ihrer Schüler vorführen lassen. Auch wenn man es mit älteren Schülern zu tun hat, bietet es keine Gewähr dafür, dass sie mit der Auswahl der Ausrüstung den Anforderungen einer Bergtour gerecht werden, trifft man im Gebirge doch selbst Erwachsene mit Turnschuhen oder Sandalen bekleidet.

Eine grössere Bergwanderung sollte unbedingt rekognosziert werden. Bei einer Rekognoszierung, die vielleicht bei schönem Wetter durchgeführt wird, sollte man sich aber Gedanken darüber machen, wie ein Weg bei schlechtem Wetter aussehen würde. Wäre er dann überhaupt noch begehbar? Gäbe es Ausweichmöglichkeiten? Oder sollte bei schlechtem Wetter die Tour besser nicht durchgeführt werden? Zu den Vorbereitungsmassnahmen gehört im weiteren, dass man, vor allem für Bergtouren, eine erwachsene Person als Begleiter mitnimmt. Ein Lehrer muss damit rechnen, dass er aus irgendeinem Grund ausfallen kann. Die Ursache dafür braucht nicht einmal bei ihm selber zu liegen. Das ist z. B. dann der Fall, wenn er seine ganze Aufmerksamkeit einem verunfallten Schüler widmen muss, wobei schon ein relativ harmloser Bienenstich an einem Schüler ihn unter Umständen daran hindert, die übrige Klasse im Auge zu behalten.

Während einer Exkursion sollte ein Lehrer folgende Punkte beachten:

1. *Zweckmässige Anordnungen* treffen
2. *Klare Weisungen* geben
3. Dafür sorgen, dass die *Weisung* von allen *vernommen* und auch vom letzten chronischen Nichtaufpasser *begriffen* worden ist.
4. Durch *Aufsicht* dafür sorgen, dass die Weisungen richtig ausgeführt werden.

Ein Lehrer, der diese Voraussetzungen erfüllt hat, darf nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn trotz all dieser Massnahmen ein Unfall eingetreten ist. Denn dann hat er das Mögliche und ihm Zumutbare getan und seine Pflicht als Lehrer erfüllt. Trotzdem ist es aber möglich, dass Schadenersatzansprüche gegen ihn gerichtet werden. Aber dann ist die Haftpflichtversicherung da, die in solchen Fällen Versicherungsschutz gewährt in der Form von Abwehr unbegründeter Ansprüche. Damit kommen wir zur Frage, wann ein Ereignis durch die Haftpflicht-Versicherung gedeckt ist und wann nicht.

Die Deckung durch die Haftpflicht-Versicherung

Eine *Haftpflicht-Versicherung* hat die Aufgabe, einen Versicherten gegen Vermögenseinbussen zu schützen, die dadurch entstehen, dass er zivilrechtlich von einem Dritten für Schadenersatz in Anspruch genommen wird. Der Ausgangspunkt bei der Haftpflicht-Versicherung ist nicht ein unmittelbarer Schaden des Versicherten, sondern derjenige einer Drittperson. Die Lehrer-Haftpflicht-Versicherung erstreckt sich also nicht auf Schäden, welche die Person des Lehrers selbst oder ihm gehörende Sachen betreffen. Ihr Zweck besteht darin, dem Lehrer Schutz zu bieten gegen die Folgen seiner Haftpflicht und zwar auf zivilrechtlichem Gebiet. Strafrechtlich gewährt sie keine Deckung. So übernimmt sie z. B. nicht die Busse, die ein allenfalls verurteilter Lehrer zu bezahlen hat.

Für einen Lehrer, der alles wirklich Zumutbare und Mögliche gemacht hat, besteht der Versicherungsschutz in der *Abwehr unbegründeter Ansprüche*. Wenn man aber zum Schluss kommen muss, dass der Lehrer doch irgendwie am betreffenden Ereignis mitschuldig ist, dass er nicht alle nötigen Vorkehrungen und Massnahmen zur Verhütung eines Unfalls getroffen hat, dann besteht der Versicherungsschutz in der *Entschädigung begründeter Ansprüche*. Vielfach taucht die Frage auf, ob denn die Versicherung in jedem Haftpflichtfalle Entschädigung leiste. Die Antwort darauf finden wir im Versicherungs-Vertrags-Gesetz, das die Beziehungen zwischen Versicherungs-Gesellschaft und Versicherungsnehmer regelt. Nach diesem Gesetz haftet die Gesellschaft nicht, wenn der Versicherungsnehmer das befürchtete Ereignis *absichtlich* verursacht hat. Ist das Ereignis *grobfahrlässig* herbeigeführt worden, so ist die Versicherungs-Gesellschaft berechtigt, ihre Leistung zu kürzen. Dagegen hat der Versicherer bei *leichter Fahrlässigkeit* in vollem Umfang für den Schaden aufzukommen. Auch hier sieht man wieder, wie auslegungsbedürftig eine Gesetzesnorm sein kann. Wann liegt Absicht vor, wann grobe Fahrlässigkeit, wann leichte Fahrlässigkeit? Die Antwort hängt jeweils von den konkreten Umständen ab, die zum Schadenfall geführt haben, und bleibt dem freien richterlichen Ermessen überlassen.

Absicht ist noch relativ leicht nachzuweisen, doch ist nicht anzunehmen, dass ein Lehrer einen Schaden absichtlich verursacht. Ein Zweifelsfall von Absicht kann vorliegen, wenn ein Lehrer einen Schüler ohrfeigt. Auch wenn Gotthelf in seinem Werk «Leiden und Freuden eines Schulmeisters» Schläge als «äussere Heilmittel für Krankheiten der Seele» bezeichnet, so muss doch vor *Körperstrafen* und vor *Ohrfeigen* im speziellen gewarnt werden. Es ist schon vorgekommen, dass der Lehrer einen Schüler ohrfeigte und dadurch dessen Trommelfell verletzte. Geradezu als Paradebeispiel dafür diene folgender Schadenfall:

Ein Lehrer hat einen Schüler an einem Morgen geohrfeigt. Am Nachmittag war Schwimmunterricht. Dabei fiel dem Schwimmlehrer, der keine Kenntnis vom morgendlichen Vorfall hatte, auf, dass der geohrfeigte Schüler Schwierigkeiten beim Schwimmen bekundete. Plötzlich tauchte er – der Schüler – unter und wurde nur dank des sofortigen Eingreifens des Schwimmlehrers vor dem Ertrinken gerettet. Die Untersuchung ergab als Ursache einen Trommelfellriss. Die fast vergessene Ohrfeige vom Morgen hätte im nachhinein leicht schlimme Folgen haben können.

Die Abgrenzung zwischen *leichter* und *grober* Fahrlässigkeit bereitet in der Praxis oft grosse Schwierigkeiten. Als Faustregel werden manchmal folgende Formeln verwendet: Bei leichter Fahrlässigkeit heisst es, volkstümlich ausgedrückt: «Er hätt scho sölle», bei grober Fahrlässigkeit: «Wie hett er nume chönne». Oder mit anderen Worten: leichte Fahrlässigkeit liegt dann vor, wenn man sich sagen muss: «Das kann halt passieren». Grobe Fahrlässigkeit führt zur Feststellung: «Das darf nicht passieren». Solche Formeln sind aber nur Hilfsmittel. Ein Patentrezept zur Abgrenzung von leichter und grober Fahrlässigkeit gibt es nicht. Vielmehr sind stets die konkreten Umstände des Einzelnen zu würdigen.

Abschliessend sollen noch die *Obliegenheiten im Schadenfall* kurz erwähnt werden. Wenn trotz aller Vorsicht einmal ein Unfall passiert, so sollte sofort die Versicherungs-Gesellschaft informiert werden. Sie ist für alle Verhand-

lungen mit den Geschädigten zuständig. Auch wenn sich ein Lehrer vielleicht schuldig fühlt und sich im nachhinein Vorwürfe macht, heisst das noch nicht, dass er rechtlich für das betreffende Ereignis auch wirklich verantwortlich ist. Es kommt immer wieder vor, dass Lehrer nach einem Unfall zu den Eltern des verunfallten Schülers gehen, um sich zu entschuldigen und gleichzeitig zu versprechen, für jeglichen Schaden aufzukommen. Solche Versprechungen erschweren nur die Arbeit der Versicherungs-Gesellschaft. Wer welchen Schaden zu tragen hat, vermag der Fachmann aus objektiver Sicht besser zu beurteilen, als ein am betreffenden Ereignis mitbeteiligter Lehrer.

Mit diesen paar Hinweisen und den hoffentlich nicht allzu theoretisch juristischen Erläuterungen ist zu zeigen versucht worden, wie der Jurist die Sorgfaltspflichten eines Lehrers bewertet. Diese Grundsätze mögen in der Theorie recht einfach aussehen. Aber die Schwierigkeiten beginnen erst im praktischen Alltag. Zur Beurteilung eines Falles und vor allem bei der Frage nach der Höhe einer Entschädigung müssen alle Details genau abgeklärt werden. Dabei stellen sich viele Fragen, Fragen wie z. B.:

- Trifft an einem Unfall nicht auch die Schulleitung eine Mitverantwortung, weil sie ein zu gefährliches Projekt genehmigt hat?
- Liegt nicht auch ein Mitverschulden oder sogar ein ausschliessliches Verschulden des geschädigten Schülers, eines Mitschülers oder gar eines Dritten, Aussenstehenden vor?
- Hat der Lehrer nur ein leichtes Verschulden zu vertreten und daher nicht den ganzen Schaden zu ersetzen?

Diese Fragen sind nur zu beantworten, wenn ein Einzelfall von allen Seiten und bis ins hinterste Detail beleuchtet wird, was einzig durch eine genaue Abklärung des Sachverhaltes möglich ist. Dann müssen die einzelnen Punkte überprüft, bewertet, gegeneinander abgewogen und so die Antworten gefunden werden.

Arbeitshilfen des BLV

Wie können die Arbeitshilfen bezogen werden?

1. durch Abholen auf dem Sekretariat BLV, Brunngasse 16, 2. Stock;

2. durch Voreinzahlung des entsprechenden Betrages unter Angabe der gewünschten Blätter auf der Rückseite des kleinen PC-Abschnittes.

Bernischer Lehrerverein, Sekretariat, Bern, PC 30–107, Bern

Sammlung Unterstufe	Fr. 7.50
Sammlung Mittelstufe	Fr. 7.50
Sammlung Oberstufe	Fr. 7.50
fächerübergreifender Unterricht Oberstufe	Fr. 4.—
NEU	
Wasser, Stoffplan 3./4. Schuljahr	Fr. 3.—

Kleinklasseninitiative

Der Kantonalvorstand hat entschieden: er beantragt Ablehnung der Initiative. Als Basismitglied mache ich mir dazu einige Gedanken:

Wäre es nicht angezeigt gewesen, in einer so wichtigen Frage in irgend einer Form die Vereinsmitglieder zu befragen, statt sofort von einer Vertrauensfrage zu sprechen? Der Kantonalvorstand weist immer wieder (zu Recht) darauf hin, wie wichtig die Solidarität (auch über die Stufen hinweg) im Lehrerverein ist. Solche Solidarität kommt zustande, wenn das einzelne Mitglied das Gefühl hat, durch seine Vereinsleitung wirklich vertreten zu werden und wenn es seine Meinung selbst auch zur Geltung bringen kann.

Das Problem *ist* umstritten und *kann* verschieden gelöst werden. Aber warum diese Selbstherrlichkeit des Vorstandes?

R. Hadorn

Aus der Nähe betrachtet

Objektive Bewertung – zum Beispiel im Turnunterricht

Mass und Zahl haben im Schulturnunterricht Einzug gehalten. Sie bilden dort Grundlage für sogenannt objektive Leistungsbewertungen. Einseitig oder gar mit Ausschliesslichkeit angewandt, sind sie Hindernisse für angemessene Würdigung der individuellen Lage des Schülers. Wo ist die objektiv erbrachte Leistung bei 1,60 m Hochsprung grösser: beim kurz- oder beim langbeinigen Schüler? Und sind 11 Sekunden auf 80 m Schnellauf nicht eine ganz respektable Leistung für einen Schüler, der trotz längerer Rekonvaleszenz wieder voll im Turnen mitmacht? Ist eine individuelle Steigerung im Weitsprung von 4 auf 5 m innert dreier Jahre nicht höher zu veranschlagen als eine solche von 5 auf 5,3 m?

Schulleistungen lassen sich einmal nach äusserlich-sachbestimmten Kriterien benoten. Dazu tritt der relativvergleichende Gesichtspunkt innerhalb grösserer oder kleinerer Schülergruppen. Schliesslich ist auch der individuell-pädagogische Gesichtspunkt nicht zu vernachlässigen: Wenn ich will, dass sich auch der ungelenke Schüler mit Freude turnerisch betätigt, darf ich die Leistungsnormtabellen nicht überbewerten, muss ich ferner den einzelnen Schüler nicht nur mit andern, sondern auch mit sich selbst vergleichen, habe ich darauf zu achten, dass ich nicht durch eine allzu strenge Notengebung entmutige, wo Ermutigung erzieherisches Erfordernis ist.

Die Gymnastik, so schreibt Plato in seinem «Staat», habe wie die Musenkunst vor allem um der Seele willen ihren Platz in der Erziehung. Mit Leistungsnormen allein ist Seelischem nur schwer gerecht zu werden. Diese Feststellung bedeutet nicht leichtfertigen Verzicht auf Objektivität. Im Gegenteil: Objektivität beinhaltet mehr als Mass und Zahl.

Dr. Hans Röthlisberger, Burgdorf

Der Kanton Bern bildet solothurnische Bezirkslehrer (Sekundarlehrer) aus

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat einen Vertrag mit dem Kanton Solothurn genehmigt, wonach am deutschsprachigen Sekundarlehreramt der Universität Bern solothurner Kandidaten in die ordentlichen Stu-

diengänge zur Ausbildung als bernische Sekundarlehrer aufgenommen werden. Damit absolvieren in Zukunft solothurnische Bezirkslehrerkandidaten ihre gesamte Ausbildung in den wissenschaftlichen, beruflich-praktischen und erziehungswissenschaftlichen Fächern sowie die entsprechenden Prüfungen in Bern. Einzig die Lehrpraktika sowie die Lehrproben werden weiterhin im Kanton Solothurn durchgeführt. In Zukunft können solothurnische Bezirkslehrer, die ihre Studien in Bern abgeschlossen haben, die Wählbarkeit als Sekundarlehrer im Kanton Bern erhalten. Umgekehrt wird Inhabern eines bernischen Sekundarlehrerpatentes auf Antrag die Wählbarkeit als Bezirkslehrer im Kanton Solothurn erteilt. Im Vertrag verpflichtet sich der Kanton Solothurn, dem Kanton Bern für die Möglichkeit der Ausbildung solothurnischer Kandidaten einen namhaften jährlichen Beitrag zu leisten. Mit diesem Vertrag wird ein weiterer Schritt auf dem Wege der Verständigung zwischen Nichthochschul- und Hochschulkantonen getan.

aid.

Augenprobleme

Unsere Augen sind oft aussergewöhnlichen Beanspruchungen ausgesetzt. Am extremsten zeigt sich das im Sport: Hohe Geschwindigkeiten, extreme Temperaturen ob Kälte oder Wärme, starker Luftzug, grelles Licht, Vibrationen und harte Erschütterungen von Kopf und Körper – all das bewirkt Reizungen der Augen. In vielen Fällen beginnt das Auge «überzulaufen», weil die durch die Reizung ausgelöste Mehrproduktion von Tränenflüssigkeit vom Abflussystem nicht mehr «geschluckt» werden kann. Sie vermindern aber das Sehvermögen. Verschärft wird dieses Problem ebenfalls durch eine automatische Reaktion bei hoher Blendung. Man kneift die Lider zusammen, um die Blendung zu reduzieren, ermüdet dadurch und beeinträchtigt das Sehvermögen zusätzlich. Erfahrene Sportler setzen sich diesen Gefahren nicht aus: Skirennfahrer, Motorrennfahrer, Motocrossler oder Jockeys schützen sich mit Vollsicht-Schutzbrillen.

IBS

L'Ecole bernoise

Extrait des délibérations du Comité provisoire de la SEJB

Séance du 30 octobre 1978
Présidence: Jacques Paroz

Le président ouvre la séance par quelques communications. Il rappelle sa nouvelle adresse qu'il est peut-être bon de relever: Jacques Paroz, instituteur, rue Agassiz 10, 2610 Saint-Imier.

La mise au concours du poste de rédacteur à l'«Educateur» a paru dans l'«Ecole bernoise» et dans l'«Educateur». Jusqu'à ce jour personne ne s'est annoncé. Il est pourtant important que nous ayons un rédacteur de langue française pour le Jura bernois et Bienne romande. C'est pourquoi nous invitons les intéressés à s'annoncer au plus vite.

Contacts SEJB–SEB–DIP

Une réunion de représentants de la SEJB, de la SEB et de la DIP aura lieu à Berne le 11 décembre. Il y sera notamment discuté des modalités de contacts entre la SEJB et la DIP. MM. Jacques Paroz et Germain Koller représenteront la SEJB à cette séance.

Commission «Education permanente»

M. André Schwab avait été mandaté par le CP/SEJB pour élaborer un avant-projet d'une commission «Education permanente». Il le présente aux membres du Comité provisoire.

Le mandat de cette commission peut être résumé comme suit:

«La Commission «Education permanente» doit être:

- un lien entre les enseignants de la SEJB et les représentants SEJB dans les commissions officielles et EP SPR,
- un groupe de réflexion auquel le CC/SEJB peut se référer pour tout ce qui concerne le perfectionnement,
- le moteur de l'éducation permanente dans les sections,
- le porte-parole des enseignants et des sections pour faire passer l'éducation permanente dans les faits,
- le porte-parole des enfants dans le processus «Education permanente opposée à l'acquisition d'un savoir achevé»,
- l'instrument d'organisation de cours qui ne peuvent être réalisés autrement.»

La Commission «Education permanente» sera formée de représentants des différentes sections et d'un représentant de l'Ecole normale. Les sections sont actuellement chargées de trouver les membres qui les représenteront au sein de cette commission. Nous invitons les collègues contactés à ne pas se dérober et à accepter cette charge.

Il appartiendra à l'assemblée générale de la SEJB de ratifier la création de cette commission.

Société pédagogique romande

Le président SEJB émet le vœu que nos trois sections soient représentées par de nombreux enseignants au Congrès SPR du 18 novembre à Fribourg. En ce qui concerne la question de l'adhésion de la SEJB à la SPR, elle sera traitée lors de l'assemblée des délégués SPR du 16 décembre 1978. Le Comité provisoire réunira les délégués SEJB avant cette assemblée.

Dans les différentes commissions de la SPR, différents postes (ceux occupés actuellement par les collègues du canton du Jura) seront attribués à la SEJB. Les sections seront prochainement appelées à désigner leurs représentants. Il est important que la SEJB soit représentée dans toutes les commissions qui lui sont ouvertes, et nous invitons les collègues à accepter les mandats que leur confieront leurs sections.

Réélections de 1980

Le 7 décembre 1978 aura lieu à Bienne une séance au cours de laquelle seront discutés les problèmes posés par les réélections de 1980. Y participeront notamment les membres du Comité provisoire de la SEJB, les présidents des sections de Bienne-La Neuveville, Moutier et Courtelary, les présidents des différentes organisations d'enseignants, des représentants des organes directeurs de la SEB et des représentants de la DIP.

Avenir de l'AJEPS

Le Comité provisoire prend connaissance du fait que l'AJEPS (Association jurassienne d'éducation physique scolaire) va se structurer de façon différente en raison de la création du canton du Jura. Il y aura deux associations différentes: l'AJEPS (enseignants du canton du Jura) et l'EPS-JB (enseignants du Jura bernois). Un comité de coordination planifiera l'organisation de cours en commun au canton du Jura et au Jura bernois. Cette association ne dépendant pas de la SEB, nous n'avons pas à intervenir.

Enseignants sans places

Le rédacteur à l'«Educateur» a publié récemment deux articles consacrés au problème des enseignants sans places. Il invite la SEJB à donner son point de vue sur cette affaire. Il est décidé que le président expliquera la position de la SEJB qui soutient les efforts déployés par la SEB et la DIP pour lutter contre le chômage des enseignants.

Initiative pour de petites classes

Il appartient au secrétaire adjoint de la SEB, Yves Monnin, d'apporter quelques précisions sur la prise de position de la SEB au sujet de cette initiative. Comme nous le savons, la SEB s'oppose à cette initiative. Elle est fidèle à la ligne de conduite qu'elle s'est fixée depuis longtemps.

La SEB n'est pas contre les petites classes. Elle a toujours lutté pour obtenir des classes plus petites. Elle est intervenue à plusieurs reprises auprès de la DIP en lui demandant de prendre des mesures pour réduire les effectifs dans les classes. En mars 1978, la DIP a accédé aux demandes de la SEB et a publié des directives qui ont l'avantage d'être plus souples et plus raisonnables que les mesures préconisées par l'initiative. C'est la raison pour laquelle la SEB combat l'initiative et appuie les directives de la DIP qui permettent de prendre en considération les circonstances sociales, locales, personnelles ou momentanées.

Le secrétaire SEJB: *Yves Monnin*

Le canton de Berne forme des maîtres secondaires soleurois

Le Conseil exécutif du canton de Berne a approuvé un accord avec le canton de Soleure qui permettra à l'Office des maîtres secondaires de langue allemande de l'Université de Berne d'admettre des candidats soleurois dans les filières de formation des maîtres secondaires bernois. De cette façon, les candidats à l'enseignement secondaire soleurois pourront à l'avenir recevoir à Berne une formation complète dans les disciplines théoriques et pratiques – et notamment en pédagogie – que comprend la formation d'enseignant du degré secondaire. Ils pourront également y passer leurs examens. Seuls, les stages pratiques et les leçons d'épreuve auront lieu, comme dans le passé, dans le canton de Soleure. De même, les maîtres secondaires soleurois qui ont fait leurs études à Berne pourront dorénavant être élus à un poste de maître secondaire dans le canton de Berne. Inversément, les titulaires du brevet secondaire bernois pourront, à leur demande, obtenir le droit d'être élus comme maîtres secondaires (Bezirkslehrer) dans le canton de Soleure. L'accord prévoit l'obligation pour le canton de Soleure de verser au canton de Berne une contribution annuelle suffisante pour assurer la capacité d'accueil nécessaire aux candidats soleurois. Grâce à cet accord, un nouveau pas est franchi sur la voie de l'entente entre cantons universitaires et cantons non universitaires.

Réponse du Comité pour la diminution de l'effectif des classes à la prise de position du Comité cantonal de la SEB

«Chacun est d'accord pour affirmer que la grandeur des classes est un des éléments importants de l'école:

– Le nombre d'élèves influence de façon considérable les formes d'enseignement et les relations personnelles à l'intérieur d'une classe. Les classes trop grandes devraient disparaître le plus rapidement possible.» («Journal du Jura», 4/5 novembre 1978.)

L'opposition du Comité cantonal de la SEB n'est donc pas dirigée contre le principe d'une diminution des effectifs de classes. Mais il refuse les moyens proposés par les initiateurs pour réaliser cette revendication. Selon le Comité cantonal, des directives sont plus «flexibles», alors qu'une loi est trop rigide.

De la flexibilité des directives...

Si, durant ces dernières années, les effectifs des classes du canton ont heureusement baissé, ce n'est pas grâce aux directives établies par le gouvernement. Mais les causes de cette baisse sont la diminution des naissances et la crise économique avec le départ de nombreuses familles d'immigrés.

Si les trois syndicats enseignants (VPOD Bienne–Berne, GE et GKEW) n'ont cependant pas retiré leur initiative, c'est parce qu'ils constatent que cette baisse des effectifs n'est pas encore une réalité pour tous les élèves du canton. Il y a encore plus de 50000 élèves qui sont dans des classes comptant plus de 25, et même plus de 30 élèves. Ils pensent aussi que les nouvelles directives de la DIP n'empêcheront pas, dans un proche avenir, l'augmentation des effectifs actuellement bas. En effet, ces directives autorisent des classes avec un effectif de plus de 30 élèves.

Déjà maintenant, on peut se rendre compte de ce que signifie en réalité la «flexibilité» des directives: dans les villes de Berne et de Bienne, de nombreuses classes sont ou vont être fermées (Berne-Ville, jusqu'en 1984: 66 fermetures; Bienne, pour 1979: 14 fermetures). Une telle politique permet au gouvernement de réaliser de substantielles économies au détriment des élèves. Car, étant donné la diminution des naissances, les seules fermetures

de classe qui pourraient se justifier sont celles de première année. Toutes les autres fermetures auxquelles on assiste, sans protester, ne sont faites que par intérêt financier et non pas... pédagogique.

Le Comité cantonal craint l'application de l'initiative parce qu'elle «crée des conditions telles que des élèves doivent être transférés d'une classe dans une autre, d'une école dans une autre, simplement parce qu'à un endroit il y a un ou deux élèves de trop, et qu'ailleurs il y a encore des places libres». («Journal du Jura», 4/5 novembre 1978.)

Mais pourquoi n'ajoute-t-il pas que cet état d'insécurité pour l'élève existe déjà maintenant par les fusions et fermetures de classe qui ont lieu? Pourquoi ne s'oppose-t-il pas à de tels procédés?

Les revendications de l'initiative sont pourtant claires: le nombre de 25 élèves par classe est un effectif *maximum*. Le but des initiateurs est bien d'obtenir des effectifs inférieurs à ce chiffre. Preuve en est la clause suivante: «Aussi longtemps qu'une classe compte les $^2/_3$ (arrondis) des chiffres légaux, elle ne doit pas être supprimée.» (Texte de l'initiative.)

Si aujourd'hui, malgré des directives admettant plus de 30 élèves dans une classe, il est possible d'avoir dans le canton de nombreuses classes à petits effectifs, comment peut-on prétendre qu'avec une loi fixant un plafonnement des effectifs, ces petites classes doivent tout à coup être supprimées? Surtout qu'à l'opposé des directives qui ne sont du ressort que de la DIP, une loi permet un contrôle public et parlementaire. Il faut ajouter aussi que l'initiative demande un délai d'application de six ans et qu'elle autorise dans des cas exceptionnels des dérogations aux chiffres maximums.

Les cas extrêmes présentés par le Comité cantonal de la SEB n'ont-ils pas pour but d'effrayer les parents, de leur cacher une situation qui n'est guère brillante? Aujourd'hui, les écoles normales ont formé assez d'enseignants dont les études ont coûté cher et qui n'ont pas de place. En refusant de soutenir cette initiative, le Comité cantonal ne veut pas se donner un des moyens qui permettrait de créer der places de travail pour plusieurs de ces jeunes diplômé(e)s.

De la démocratie...

D'autre part, ce comité prétend que la solution proposée par les initiateurs pour réglementer les effectifs des classes serait bien moins démocratique que celle existant actuellement... Aujourd'hui, les parents et les enseignants sont-ils consultés lors de fermetures de classe? Une loi, qui permet un contrôle public et parlementaire, serait-elle donc moins démocratique que des directives qui ne sont du ressort que de la DIP? En lançant cette initiative, qui a récolté plus de 18000 signatures, il a été possible d'engager un débat public sur une question de politique scolaire qui concerne toute la population. Un tel processus de consultation démocratique ne semble pas être apprécié par le Comité cantonal de la SEB.

Et d'ailleurs, que s'est-il passé au sein de notre association depuis le lancement de cette initiative en septembre 1976? Le comité a-t-il organisé, dans l'ensemble des sections, une discussion sur le problème des effectifs de classes? Seules quelques sections ont osé mettre à l'ordre du jour de leur assemblée les revendications de l'initiative. Jamais ce comité, si soucieux de démocratie, n'a consulté sa base sur la recommandation de vote. Les enseignants inscrits à la SEB n'ont-ils rien à dire sur la politique scolaire? Il y eut bien, lors d'une assemblée des délégués, une prise de position sur le contenu de l'initiative. Les délégués, tout en réaffirmant leur confiance dans des directives, demandaient que, dans leur nouvelle élaboration, soient inclus les chiffres maximums de l'initiative avec une marge de 10%. Or, la DIP n'a pas tenu compte de cette prise de position de l'assemblée de l'association, puisque ces nouvelles directives sont établies avec une marge de 20%... Ceci n'a pas empêché le Comité cantonal d'approuver les nouvelles dispositions de l'Exécutif. On est en droit de se demander quels intérêts défend réellement le Comité cantonal de la SEB?

En refusant d'organiser une discussion générale, le Comité cantonal craignait-il un débat politique sur une question scolaire? Il est certain qu'une discussion au sujet de l'effectif des classes ou d'un quelconque problème scolaire est politique: les décisions importantes concernant l'école sont prises par le Grand Conseil, la nomination des enseignants est faite par des élus politiques, le budget scolaire est financé par l'argent des contribuables. L'enseignant, parce qu'il est un fonctionnaire de l'Etat, n'aurait-il pas le droit de discuter ces problèmes et de formuler des critiques sur la politique scolaire du Gouvernement bernois? Cela ne serait guère possible selon le Comité cantonal de la SEB puisque, sur le problème de l'effectif des classes, il s'agirait avant tout de marquer notre confiance dans les autorités...

Si nous soutenons l'initiative, c'est parce qu'elle permet une réelle diminution de l'effectif des classes. Sa réalisation est dans l'intérêt de la majorité des élèves de ce canton. Elle améliore, et cela personne ne le conteste, la qualité de l'enseignement. Nous appelons à voter OUI à l'initiative pour la diminution de l'effectif des classes les 2/3 décembre prochains.

Au nom du Comité de l'initiative
(VPOD Bienne–Berne, GE, GKEW)
Sylviane Zulauf, Sylvie Bonnard

Mitteilungen des Sekretariates

Communications du Secrétariat

Petites classes
La SEB répond au Comité d'initiative

Dans un article publié dans l'«Ecole bernoise» de ce jour, le Comité d'initiative pour la diminution de l'effectif des classes s'en prend violemment à la SEB (dont la plupart des membres du Comité d'initiative font partie). C'est leur droit, mais cela permettra aux enseignants d'y voir plus clair et de se rendre compte de l'attitude adoptée par certains collègues qui veulent absolument politiser l'école et la SEB, ce que nous avons toujours refusé.

Comme le relève très bien l'article dont nous parlons, *l'opposition du Comité cantonal de la SEB n'est pas dirigée contre le principe d'une diminution des effectifs de classes. Mais il refuse les moyens proposés par les initiateurs pour réaliser cette revendication.*

De la flexibilité des directives...

Il est évident que la baisse de la natalité a été une des causes principales de la diminution des effectifs dans les classes. L'évolution de l'école et son aspect pédagogique y sont aussi pour une bonne part. Il est peut-être bon de faire remarquer que les classes ne sont pas systématiquement fermées en fonction de la diminution du nombre des élèves. Bien au contraire, les autorités scolaires agissent avec la plus grande prudence dans ce domaine.

Ainsi, en 1977, malgré une diminution des effectifs de 1877 élèves, le canton de Berne a ouvert 87 nouvelles classes supplémentaires.

Il peut exister de bonnes raisons pour maintenir des classes avec plus de 25 élèves. Les directives le permettent, mais elles exigent que, en dehors des normes fixées, le maintien ou la fermeture d'une classe soit justifié. C'est au corps enseignant et aux autorités scolaires qu'il appartient alors de donner leur point de vue.

Dans ce domaine, l'initiative comporte une contradiction évidente: une classe comptant plus de 25 élèves (prenons 28, par exemple) doit être dédoublée. Nous aurons alors deux classes de 14 élèves, ce qui est contraire aux chiffres fixés par l'initiative elle-même qui dit qu'une classe ne sera pas fermée tant qu'elle comptera les deux tiers des chiffres légaux, soit 16 élèves.

Lorsque le Comité d'initiative affirme que la DIP n'a pas tenu compte des vœux des délégués de la SEB qui demandaient que soient inclus dans les directives les chiffres maximums de l'initiative avec une marge de 10%, il déforme la vérité.

Dans les directives, nous avons, pour le secteur normal, une fourchette de 22 à 28 élèves (soit 25 plus ou moins 10%).

Pour les limites supérieures et inférieures, nous avons un secteur normal de plus 10% et moins 20%.

Le Comité cantonal ne pouvait tout de même pas combattre des directives qu'il avait demandées et qui vont au-delà de ses exigences.

De la démocratie...

Les directives de la DIP fixent des normes, pour les classes à un degré, de 22 à 28 élèves (moyenne 25). En dehors de ces normes, c'est aux intéressés directs (parents, enseignants, commissions scolaires, autorités communales) qu'il appartient de juger du maintien ou de la fermeture d'une classe. Il est faux de prétendre que les parents et les enseignants ne sont pas consultés. C'est la commission scolaire, qui représente directement les parents, qui propose l'ouverture ou la fermeture d'une classe. Le corps enseignant donne également son avis.

En fixant des chiffres dans la loi, comme le demande l'initiative, les intéressés n'auront plus leur mot à dire: les décisions seront prises par des fonctionnaires qui ignorent tout du contexte local et ne basent leur décision que sur des considérations arithmétiques. Nous verrons alors des enseignants engagés, puis licenciés quelques années plus tard, en fonction de la fluctuation du nombre des élèves. Nous n'aurons rien à dire: ce sera légal. Est-ce cela, la démocratie?

Le Comité cantonal a été mandaté

Le Comité cantonal de la SEB a pris position contre l'initiative. Il est faux de prétendre que *jamais ce comité, si soucieux de démocratie, n'a consulté sa base sur la recommandation de vote.*

Certes, il n'y a pas eu de consultation individuelle des membres de la société, mais

- la SEB a soumis à ses sections (tous les enseignants sont invités aux synodes) sa prise de position au sujet de la motion Hamm,
- l'Assemblée des délégués (chaque section y envoie des représentants) a, par 113 voix contre 0 (3 abstentions) défini l'attitude de la SEB.

C'est sur la base de ces décisions démocratiques que la SEB a pu intervenir auprès de la DIP et obtenir les directives que nous connaissons aujourd'hui. C'est pourquoi la SEB soutient les directives publiées par la Direction de l'instruction publique et vous demande de voter NON les 2–3 décembre prochains à l'initiative pour la diminution de l'effectif des classes.

Le secrétaire adjoint de la SEB: *Yves Monnin*

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co 1342-3001 Bern